



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 20.12.2007

Beginn: 16:35 Uhr

Ende: 19:25 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele	ab TOP 2
Herr Stadtrat Aßfalg	
Herr Stadtrat Braig	TOP 7 bef.
Herr Stadtrat Brenner	
Frau Stadträtin Brunner	
Frau Stadträtin Buttschardt	
Herr Stadtrat Dr. Compter	ab TOP 2
Herr Stadtrat Deeng	
Frau Stadträtin Drews	
Herr Stadtrat Dullenkopf	
Herr Stadtrat Etzinger	
Frau Stadträtin Förg	
Herr Stadtrat Funk	
Herr Stadtrat Garlin	
Herr Stadtrat Gehring	
Frau Stadträtin Goeth	
Herr Stadtrat Hagel	ab TOP 2
Herr Stadtrat Herzhauser	
Herr Stadtrat Keil	
Herr Stadtrat Kolesch	ab TOP 2
Frau Stadträtin Kübler	
Herr Stadtrat Lemli	
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding	
Herr Stadtrat Pfender	
Herr Stadtrat Rieger	
Herr Stadtrat Späh	
Frau Stadträtin Vollmer	
Herr Stadtrat Weber	
Herr Stadtrat Wiest	
Herr Stadtrat Zügel	

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen
Herr Kulturdezernent Dr. Biege ab TOP 2
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait ab TOP 2
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt
Herr Fessler, Ordnungsamt ab TOP 2
Herr Geiger, Rechnungsprüfungsamt
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg
Herr Kuhlmann Stadtplanungsamt bis TOP 9
Frau Leonhardt, Kämmereiamt
Herr Maucher, Umweltschutz ab TOP 2
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg
Herr Merkle, Baubetriebsamt ab TOP 2
Herr Rechmann, Tiefbauamt ab TOP 2
Herr Reiser, Hochbauamt
Herr Simon, Hauptamt
Frau Spieler, Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft TOP 2 +3

entschuldigt:

Frau Stadträtin Handtmann
Frau Stadträtin Kapfer
Herr Erster Bürgermeister Wersch

Gäste:

Herr Mäule, Schwäbische Zeitung bis TOP 3
Frau Röttsch, Schwäbische Zeitung ab TOP 4.1

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Bürgerfragestunde	
2.	Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Biberach für das Haushaltsjahr 2008 - Änderungen des Entwurfs und endgültige Festsetzung	241/2007
3.	Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft/	
3.1.	Feststellung des Jahresabschlusses 2006 und der Ergebnisverwendung des Eigenbetriebs Wohnungswirtschaft Biberach	201/2007
3.2.	Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft Biberach Wirtschaftsplan 2008	224/2007
4.	Stadtentwässerung	
4.1.	Änderung und endgültige Festsetzung des Wirtschaftsplanes 2008 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung	239/2007
4.2.	Korrektur und Anpassung der Abschreibungssätze der einzelnen Abwasseranlagen und Einrichtungen des Eigenbetriebs Stadtentwässerung	205/2007
5.	Umbau der Telefonzentrale im Rathaus zur Bürgerinformationsstelle (BIS)	234/2007 + 234/2007-1
6.	Gebührenanpassung im Friedhofswesen	229/2007
7.	Neuaufstellung des Bebauungsplanes "GE 1 - Flugplatz / Grünzug Weißes Bild"; Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB Beteiligung der Bürger und der Behörden gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 BauGB	233/2007
8.	Betreiberkonzept für das Hugo-Häring-Haus	228/2007
9.	Vereinbarung über Verwaltungsleistungen der Stadt Biberach für die Stiftung "Der Hospital zum Heiligen Geist Biberach"	222/2007
10.1.	Bekanntgaben: Jahresrückblick des Oberbürgermeisters	
11.1.	Verschiedenes: Dank des Ersten ehrenamtlichen Stellvertreters	

Die Mitglieder wurden am 06.12.07 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 14.12.07 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Bürgerfragestunde

Es sind keine Bürger anwesend, die Fragen stellen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 241/2007 zur Beschlussfassung vor. Ferner liegt der Entwurf des Haushaltsplans 2008 vor, der dieser Niederschrift nicht angeschlossen ist. Der Gemeinderat wurde ordnungsgemäß zur Sitzung einberufen.

Auf Frage von OB Fettback verzichtet der Gemeinderat auf das Verlesen der Haushaltssatzung.

OB Fettback führt aus, die Verabschiedung des Haushaltsplans sei immer etwas Besonderes. Dieses Jahr seien 143 Anträge und Anfragen eingegangen, was für Gemeinderat und Verwaltung sehr arbeitsintensiv gewesen sei. Am Ende zähle jedoch der Erfolg und die viele Arbeit habe sich gelohnt. Im Ergebnis habe man einen Haushaltsplan, der durch die Vorberatungen und neue Erkenntnisse zur Gewerbesteuer in einem sehr konstruktiven Miteinander und mit Veränderungen, die mit großer Mehrheit beschlossen worden seien, gekennzeichnet sei. Er werde der guten Situation und Lage der Stadt gerecht. Als zwei Wehrmutstropfen nennt er die erforderliche Rücklagenentnahme mit knapp 4 Mio. €, was mehr sei als im Entwurf vorgesehen und auf die Veränderungen zurückzuführen sei. Ferner habe man sich für 2008 viel vorgenommen und er sei überzeugt, dass man an der Grenze des personell noch Leistbaren sei.

Die großen Diskussionspunkte seien keine Streitpunkte gewesen. Man habe überlegt, was könne/müsse man tun angesichts der guten Situation, um diese zu festigen und deutlich zu stärken. Eine große Frage seien die Hebesätze und die Gewerbesteuerumlage beziehungsweise eine Hebesatzsenkung gewesen.

Irritiert habe das Bild in der Schwäbischen Zeitung, das vor Augen geführt habe, dass keine Lager-spaltung erfolgen dürfe. Es sei immer klar gewesen, dass 2008 eine Diskussion über die Senkung des Gewerbebesteuersatzes erfolge. Da diese jedoch vielen nichts brächte, habe man stattdessen eine Senkung des Grundsteuerhebesatzes beschlossen, wovon alle etwas hätten, Firmen, Haus- und Wohnungseigentümer sowie Mieter. Dies koste die Stadt 1,12 Mio. € und sei ein bedeutender Marketingeffekt. Die Senkung werde hoffentlich mehr wahrgenommen als die Grundsteuersenkung des Vorjahres.

Ein weiterer Diskussionspunkt sei die Bereitstellung von 1 Mio. € der Stadt für eine Hospiz-Stiftung gewesen, damit diese den Betrieb aufnehmen könnte. Gedacht gewesen sei an einen einmaligen Betrag ohne Folgekosten und Voraussetzung sei, dass es ein offenes Haus werde.

Der Rote Bau sei noch nicht dotiert, Stadt und Hospital würden aber überlegen, welche vernünftige Nutzung im gemeinsamen Interesse wäre und dann gebe es hierfür gegebenenfalls einen finanziellen städtischen Beitrag.

Man habe noch viele weitere Beschlüsse gefasst, beispielsweise die Neugestaltung des Ulmer-Tor-Platzes, die Erweiterung des Sanierungsgebietes Östliche Innenstadt, die Einrichtung eines Arbeitskreises kommunale Kriminalprävention, zusätzlich 100.000 € für das Förderprogramm Umweltschutz versehen mit einem Sperrvermerk, um die gesetzliche Entwicklung abzuwarten, sowie die Sanierung des WCs am Kirchplatz auf 2008 vorgezogen. Auch habe man viele Prüfungsaufträge er-

halten, die man teilweise in der Verwaltung bereits bearbeitet und die teilweise auch von der Verwaltung vorgeschlagen worden seien. 29 Prüfungsaufträge habe man sich gemeinsam für 2008 vorgenommen, wobei diese teilweise viele Unterpunkte hätten. Als Beispiele nennt er das Sanierungs- und Energieeinsparungskonzept, die Immobilienwirtschaft mit einem Wohnraumbewirtschaftungskonzept, den Kleinkindbetreuungsbedarfplan und die Überlegung, was Stadt, Stadtwerke und e.w.a. riss als gemeinsames innovatives Energieprojekt auf den Weg bringen könnten. Auch habe man bereits bekannte mögliche Entwicklungen bekräftigt wie beispielsweise die Lenkungsgruppe Jugend-Frei- und Aktionsräume, den Sportsituationsbericht und das Hochschulentwicklungskonzept 2012 im Zusammenhang mit einem möglichen Neubau der Dollinger-Realschule. 2008 werde es also nicht langweilig werden. Man habe die Kraft und den Willen, möglichst viel zu tun, müsse aber realistisch bleiben.

Abschließend dankt er dem Gemeinderat für die konstruktiven Beratungen und stellt fest, bei wesentlichen Punkten habe man große Mehrheiten erzielt. Er dankt auch den Ämtern und Dezernenten für die nicht leichte Beantwortung der Anträge und Anfragen. Ferner dankt er der Dezernentenkonferenz und insbesondere Frau Leonhardt, Herrn Simon und Frau Appel. Man habe die Gesamtliste trotz der 143 Anträge und Anfragen zu den Fraktionsberatungen fertig gehabt und zu den Ausschussberatungen immer auf dem aktuellen Stand erhalten. Dies werde schon seit einigen Jahren praktiziert. Der Kreistag habe dies 2007 erstmals erhalten und sei sehr dafür gelobt worden.

Vorab dankt für den anstehenden Haushaltsbeschluss und äußert die Hoffnung, eine große Mehrheit zu erhalten, was ein wichtiges Zeichen für die Bevölkerung wäre.

Es wird applaudiert.

Frau Leonhardt nimmt zum Haushaltsplan wie folgt Stellung: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderats, ich möchte mich bei Ihnen für die intensiven und konstruktiven Beratungen des Haushaltsentwurfs 2008 der Stadt Biberach bedanken. Aufgrund der Beratungen im Hauptausschuss und Bauausschuss haben sich nur wenige Änderungen des Planentwurfs 2008 ergeben. Daran zeigt sich die Übereinstimmung des Gremiums mit den Einschätzungen der Verwaltung. Im Verwaltungshaushalt reduziert sich das Volumen um 558.000 €. Dies ist auf die nachfolgend kurz dargestellten Änderungen zurückzuführen.

Bei der Grundsteuer A wurde der Hebesatz um 50% Punkte, bei der Grundsteuer B um 100% Punkte auf jeweils 200 v. H. gesenkt. Das bedeutet für den Haushalt Wenigereinnahmen von insgesamt 1,12 Mio. €. Dies stellt eine Entlastung für alle Bürger, Mieter, Betriebe und Unternehmen dar. Darüber hinaus wirkt sich die Reduzierung des Kreisumlagehebesatzes von 29,8% auf 28,4% ebenfalls positiv aus, wobei wir bereits bei der Planung eine Reduzierung auf 29,0% unterstellt haben. Diese erneute Reduzierung ist eine weitere Entlastung um 0,56 Mio. €.

Die Erhöhung der Zuführungsrate vom Vermögenshaushalt an den Verwaltungshaushalt und damit die Verschlechterung des Ergebnisses im Vergleich zum Entwurf 2008 ist auf die vorgenannte Grundsteuerreduzierung zurückzuführen. Eine Zuführungsrate kann im Jahr 2008 - wie erwartet - nicht erwirtschaftet werden. Vielmehr ist zum Ausgleich des Verwaltungshaushalts eine Zuführung vom Vermögenshaushalt erforderlich. Dies ist jedoch allein auf die zeitversetzten Auswirkungen im FAG aufgrund der Rekorderlöse des Jahres 2006 zurückzuführen.

Im Vermögenshaushalt hat sich das Volumen erhöht.

Maßgebliche Veränderungen sind die Beteiligung an einem Hospiz mit 1 Mio. €, die Eigenkapitalaufstockung für die Stadtwerke Biberach GmbH um 2 Mio. €, die Erhöhung der Zuführung an den Verwaltungshaushalt um 570.500 €, die Sanierung des WCs Kirchplatz, die mit 250.000 € zu Buche schlägt, sowie die Aufstockung des Förderprogramms Umweltschutz um 100.000 €. Diese zusätzlichen Ausgaben werden über eine höhere Rücklagenentnahme finanziert. Damit wird der Rücklagenbestand geschmälert, gleichzeitig bleibt aber auch im Jahr 2008 der städtische Kernhaushalt schuldenfrei. Die Allgemeine Rücklage weist daher zum Jahresende 2008 nur noch einen voraussichtlichen Bestand von 57,31 Mio. € auf, gegenüber 61,28 Mio. € im Entwurf. Darüber hinaus bestehen noch Rückstellungen für Pensions- und Beihilfeleistungen von rund 26,3 Mio. € zum Jahresende 2008.

Auch in der mittelfristigen Finanzplanung haben sich die Eckdaten aufgrund der Änderungen des Haushaltsentwurfs 2008 reduziert. Das Ergebnis des Verwaltungshaushalts, die Zuführung an den Vermögenshaushalt, verringert sich. Dies ist im Wesentlichen auf die Senkung der Hebesätze bei der Grundsteuer zurückzuführen. Wie werden sich die Schulden im Finanzplanungszeitraum entwickeln? Der prognostizierte Schuldenstand zum Jahresende 2011 ist annähernd unverändert. Lediglich durch die Reduzierung einer Maßnahme beim Eigenbetrieb Stadtentwässerung im Jahr 2008 konnte die Gesamtverschuldung um 100.000 € auf voraussichtlich 46,27 Mio. € leicht verringert werden.

Die geänderten Eckdaten für die Finanzplanung wirken sich auch auf die Höhe des Rücklagenbestandes aus. Die Allgemeine Rücklage weist voraussichtlich zum Jahresende 2011 noch einen Stand von 41,1 Mio. € aus, gegenüber 49,04 Mio. € im Entwurf. Als Ziel für eine angemessene Risikovorsorge hatten wir uns auf das 1,5 - 2fache Nettogewerbesteueraufkommen verständigt. Dieses Ziel ist Ende 2011 nicht erreicht. Dafür müssten insgesamt 78 - 104 Mio. € in der Rücklage sein. Auf die Notwendigkeit eines angemessenen Rücklagenbestandes als Risikovorsorge bin ich bereits bei der 1. Lesung zum Haushalt 2008 eingegangen. Darüber hinaus bestehen noch Rückstellungen für Pensions- und Beihilfeleistungen von rund 26,3 Mio. € zum Jahresende 2008.

Der jetzt vorliegende Haushaltsplan 2008 ist solide und stellt eine gute Ausgangsbasis für die Zukunft dar. Er ermöglicht eine Vielzahl von Investitionen ohne neue Verschuldung. Nachdem zwischen Verwaltung und Gemeinderat weitgehend Konsens darüber besteht, die Allgemeine Rücklage als Risikovorsorge auf die für notwendig erachtete Höhe anwachsen zu lassen, ist die Entnahme in 2008 zu verkraften. Ich würde mich daher über eine große Zustimmung des Gemeinderates zum Haushaltsplan 2008 sehr freuen. Vielen Dank.“ (Applaus)

Für die CDU-Fraktion äußert sich StR Dullenkopf wie folgt: „Verehrte Anwesende, als jemand, der doch eigentlich mittlerweile als erfahrener Kommunalpolitiker gelten kann, war ich am Schluss doch einigermassen erstaunt, wie viele Beratungen auch bei einem als „problemlosen Haushalt“ bezeichneten Zahlenwerk anfallen. Ist es eben doch so, dass wir gemeinsam uns darüber Gedanken gemacht haben, was alles – kurzfristig in 2008 und mittelfristig darüber hinaus - in unserer Stadt geschehen soll. Naturgemäß sind dabei die Vorstellungen der einzelnen Gruppierungen zum Teil nicht, zum Teil nur partiell und zum Teil voll in die Ergebnisse eingeflossen. Was ich bedaure, dass es noch nicht verwirklicht wird, werde ich für die CDU-Fraktion zuerst beispielhaft darstellen, danach das, was uns wichtig ist, dass es durchgesetzt werden konnte – natürlich, da wir keine absolute Mehrheit haben, mit anderen in diesem Raum zusammen – und abschließend möchte ich für die Fraktion einige Felder anreisen, die wir in nächster Zukunft noch beackern müssen.

Beim Stellenplan wollten wir ursprünglich die von der Verwaltung beantragte Stelle für die Mensa an den Gymnasien ablehnen. Dabei wären wir auch geblieben. Die erläuternde Begründung, dass

hier etwas anderes gemeint war, nämlich eine Stelle dafür, dass die Organisation des Ganztagesbetriebes und damit die Bereiche Mediothek, Mensa und der Lernbereich allgemein organisiert werden soll, die hier eben anfallende Administration umfasst ist, die einen Ganztagesbetrieb erst ermöglicht, hat uns überzeugt. Es wird nun darüber – und zwar an den Schulen! – diskutiert werden müssen, wie viele Personenstunden an den einzelnen Schulen für diese Aufgaben notwendig sind. In den nächsten drei Jahren werden wir dieses herausbekommen und dann neu entscheiden. Diese Frist haben wir uns gesetzt, indem wir uns den Freien Wählern bei der Abstimmung angeschlossen haben, so wie wir das auch bei der Halbtagesstelle für einen weiteren Grünplaner getan haben.

Zur Anlage 21 ff des Haushaltsplanes hatte ich im Namen der CDU-Fraktion erläutert, wofür wir einen zweckgebunden Zuschuss für die Sanierung des Roten Baus und damit für den Spital wollen. Die Verwaltung hat darum gebeten, den Antrag zurückzustellen, weil im Jahr 2008 zwischen Hospital und Stadt „über ein Nutzungskonzept zur zeitnahen Umsetzung im Roten Bau“ verhandelt werden soll. Danach soll eine Entscheidung fallen, wie sich die Stadt dann beteiligen soll. Damit waren wir einverstanden, trifft es doch genau unsere Intention. Hier sehen wir tatsächlich ein Licht am Ende des Tunnels, den wir seit über 20 Jahren befahren.

Zu den Hebesätzen: Ziemlich genau vor einem Monat erschien in der Schwäbischen Zeitung eine Graphik, die sehr deutlich zeigte, dass die CDU zusammen mit der FDP keine Mehrheit hat, um Steuersenkungen durchzusetzen, da ja die Verwaltung und die anderen Gruppierungen – zum Teil ausdrücklich – dieses ablehnten. Nur zum Teil haben wir umsetzen können, was wir uns im Bereich der Steuern vorgenommen haben. Vom Ergebnis her aber werden einige stärker entlastet, als wir das zu hoffen wagten. Haushaltsreden, die zu Protokoll gegeben werden, also vor der Sitzung geschrieben wurden, haben es naturgemäß an sich, dass auf vorher Gesagtes nicht eingegangen werden kann, wenn man sich an das Manuskript halten will. Selbstverständlich aber kann ich mir sicher sein, dass von der Verwaltungsseite schon ausführlich dargestellt worden ist, warum es keinen großen Sinn macht – wenigstens auf die Personengesellschaften bezogen – den Hebesatz für die Gewerbesteuer zu verändern. Wenn es nun hier im Gemeinderat eine sehr deutliche Mehrheit dafür gibt, die Hebesätze der Grundsteuern um 50 bzw. um 100%-Punkte zu senken, so auch deshalb, weil damit wenigstens „der Spur nach“ auch die meisten Kapitalgesellschaften erfahren, dass der Gemeinderat eine – wenn auch eher eine symbolische – Steuersenkung vorgenommen hat. Diese Form der Steuersenkung erreicht fast alle Biberacher: Als Landwirte, als Hauseigentümer, als Vermieter, als Mieter. Zusammen mehr als 1 Mio. €, die in kleinen Portionen an die Biberacher gehen.

Auf unseren Antrag, für die Leichtathletik und hier insbesondere für das Meeting am 28.06.08 im Stadion, den bisher vorgesehenen Ansatz von 3.500 € auf 25.000 € zu erhöhen, hat die Verwaltung so reagiert, dass eine Aufstockung um insgesamt 31.000 € erfolgt. Dafür sind wir dankbar. Damit kann sich die Biberacher Sportwelt in Funk und Fernsehen so präsentieren, wie es von ihr gewünscht wird. Wenn im Haushaltsplan der Stadt ein Merkposten ohne zeitliche und konkrete finanzielle Dotierung eingesetzt wird, ist dieses im Regelfall eher nicht spektakulär. Bei dem von uns beantragten Merkposten Großsporthalle ist das etwas Anderes. Die große Mehrheit im zuständigen Ausschuss sah dieses auch so. Wenn die Realschule tatsächlich in der Schulmeile einen Neubau bekommen sollte, werden wir darüber diskutieren, ob die zur Schule dazu gehörende Sporthalle als Großsporthalle – und somit mehr als dreiteilig – gebaut werden kann.

Unser Antrag, die Rücklagenzuführung bei den Stadtwerken zu erhöhen, insbesondere wegen der gestiegenen Kosten beim Neubau des Hallenbades, wurde zunächst so beschieden, dass voraussichtlich im Januar 2008 mit einer Vorlage die Kostensituation „en Detail“ im Gemeinderat vorgestellt werde. Dann könnten immer noch Reaktionen erfolgen. Wir erklärten uns damit einverstanden. Kurz

danach mussten wir feststellen, dass die Stadtwerke darauf, dass von der Stadt das eigentlich zugesagte Geld nicht im Haushaltsplan konkret zur Verfügung gestellt wurde, so reagierten – nämlich mit Darlehensaufnahmen -, wie wir das nicht akzeptieren konnten. Der Gemeinderat folgte dann unserem nochmals vorgetragenen Antrag, den Stadtwerken mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Bei möglicherweise immer geringer werdenden Überschüssen von der Stadtwerke-Tochter, der e.wa riss, und bei immer höheren Investitionen – insbesondere im Baubereich – wird immer klarer, dass der städtische Haushalt immer mehr die Stadtwerksaktivitäten zu bezahlen hat. Je mehr dieses der Fall sein wird, um so mehr muss die Frage gestellt werden, in wie weit der Gesellschafter der Stadtwerke, also wir Gemeinderäte, die eigentlichen Entscheidungen zu treffen haben.

Was steht insbesondere im Jahr 2008 für uns als besonders wichtig an? Es gibt Kreise in der Stadt, die ohne ein Mandat zu haben, immer mehr Informationen aus dem Baudezernat bekommen oder bekommen wollen. Personen, die häufig mit nur Teilinformationen versehen, Unruhe bei vielen Menschen verursachen. Selbstverständlich sehen wir es grundsätzlich positiv, wenn sich Bürger der Stadt dafür interessieren, was und wie – insbesondere in der Kernstadt – gebaut oder sonst wie verändert wird. Die Gemeinderäte, insbesondere solche, die nicht im Bauausschuss sind, sind aber meistens über geplante, bzw. laufende Bauvorhaben nicht informiert. Soweit Gemeinderat oder Bauausschuss nicht beteiligt werden muss, sondern die Entscheidung im Ermessen der Stadt liegt, bzw. vom Gesetz zwingend vorgegeben ist, soll das grundsätzlich auch so bleiben. Das schließt aber nicht aus, dass so viel Sensibilität bei den zuständigen Stellen vorhanden sein müsste, dass erkannt wird, dass auch eine Maßnahme, die in die absolute Zuständigkeit der Verwaltung fällt, im entsprechenden Gremium kurz vorgestellt wird. In der Vergangenheit hat es da Pannen gegeben. In diesem Zusammenhang gehört, dass wir im nächsten Jahr uns nach einem jahrelangen Anlauf mit einer Überarbeitung der Stadtbildsatzung beschäftigen werden. Am 09.01.08 werden wir die erste Runde mit Fachleuten in der CDU-Fraktion einläuten. Wie viel darf sich in der Kernstadt verändern, wie viel und welche Elemente müssen erhalten bleiben? Diejenigen, die dieses zu entscheiden haben, sind bei der Stadt beschäftigt oder sind vom Bürger dazu gewählt, genau solche Entscheidungen zu treffen.

Wie schon in den Jahren zuvor, werden wichtige Aufgaben auch 2008 sein: Die Kindereinrichtungen und die Schulen. Dass wir auf einem guten Weg sind, haben wir uns immer wieder gegenseitig bestätigt. Unser Antrag, der übrigens inhaltlich mit einem Antrag der Grünen übereinstimmt, einen Kleinkinderbedarfsplan zu erstellen, führte wenigstens zu dem Teilerfolg, dass die Verwaltung zugesagt hat, zu überlegen, wie eine Umsetzung der Forderung möglich sein könnte. Im nächsten Kindergartenbericht werden wir hierzu sicher näheres lesen können.

Im nächsten Jahr werden wir die gegründeten Eigenbetriebe daraufhin abklopfen, wie sie sich in den letzten zwei bzw. drei Jahren entwickelt und bewährt haben, soweit wir das nach so kurzer Zeit schon beurteilen können. Gebäudemanagement, Wohnwirtschaft und Stadtentwässerung sind Eigenbetriebe, die dadurch, dass sie organisatorisch ausgegliedert wurden, tatsächlich – wenn auch nur punktuell – stärker in die Beobachtung gerückt sind. Anlässe, um diese Betriebe genauer unter die Lupe zu nehmen, sind im Regelfall die Wirtschaftspläne. Vernünftig wäre es aus unserer Sicht, diese in den jeweils zuständigen Ausschüssen vorzubereiten, damit in Zukunft die Detailfragen nicht mehr erst im Gemeinderat geklärt werden müssen.

Zum Schluss bleibt mir noch, dass wir uns bei all denen bedanken, die sich intensiv in die Beratungen in den Ausschüssen eingebracht haben. Allen voran Frau Appel mit ihrer Mannschaft, die zum Teil rund um die Uhr und am Wochenende unsere Anfragen und Anträge gesammelt, den einzelnen Ämtern zugeordnet, die Stellungnahmen eingeholt und dann wieder den Gemeinderäten zur Verfügung gestellt haben. Bei über 140 Vorgängen in dieser kurzen Zeit eine große Leistung. Den Dank an alle

diejenigen, die durch die gewissenhafte Aufstellung des Haushaltsplanes die ganze Beratungen erst ermöglicht haben, habe ich in der ersten Lesung schon zum Ausdruck gebracht. Ich bin mir sicher, dass Biberach mit der Umsetzung dieses Haushaltsplans für 2008 einen weiteren großen Schritt nach vorne machen wird. Dem Haushaltsplan stimmt die CDU-Fraktion zu.“

Es wird applaudiert.

StRin Kübler bezieht für die SPD-Fraktion mit folgenden Worten Stellung:“ Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, wir können heute einen Haushalt verabschieden, der positive Ansätze enthält zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger, aber auch Verlässlichkeit aufzeigt gegenüber unserer florierenden und wie wir heute aus der Presse lesen konnten boomenden Wirtschaft. Dieser Haushaltsplan zeigt auch auf, dass Biberach kein verschlafenes Provinzstädtchen ist, sondern hier viel Bewegung herrscht, sei es durch aktives bürgerschaftliches Engagement oder den vielen Aktivitäten in unseren Sport- und Kulturvereinen. Rasante Veränderungen des Stadtbildes deuten auf zahlreiche Investitionen hin. Zum Beispiel in die Schul- und Sportlandschaft. Neue Baugebiete entstehen nicht nur in unserer Stadt, sondern auch in unseren vier Ortsteilen Mettenberg, Stafflangen, Rißegg und Ringschnait. In der Straßensanierung sind Fortschritte zu beobachten. Ein weiterer Kreisel in der Rollinstraße sorgt für flüssigeren Verkehr. Auch kulturell bietet die Stadt einiges. Erst letzten Sonntag ist der Christkindles-Markt zu Ende gegangen, der sich über die Kreisgrenzen hinaus einen Namen gemacht hat. Man spürt es regelrecht, dass die Organisation bei einer Person liegt, die sich voll und ganz mit diesem Christkindles-Markt identifiziert. Ich denke, nur Insider wissen, dass neben Herrn Sauter Herr Brugger dieser Mensch im Hintergrund ist, der über seine vielen ehrenamtlichen Kräfte wacht und sie pflegt. Wenn wir heute über den Marktplatz schauen, erinnert außer dem Christbaum und der Giebelbeleuchtung nichts mehr an das bunte Treiben dieses Marktes. Das THW hat in kürzester Zeit den Abbau gemeistert. Eine tolle Leistung! Von Seiten der SPD-Fraktion an Herrn Brugger als Verantwortlichen und seinem ganzen Team sowie den Helfern des THW's recht herzlichen Dank dafür.

Die Stadtentwicklung wird uns in den kommenden Jahren beschäftigen. Themen, wie die Elektrifizierung der Südbahn oder die Entwicklung der Biberacher Hochschullandschaft werden uns, sofern die zuständigen Behörden sich auf ein Ergebnis einigen können, vor städtebauliche und verkehrstechnisch große Herausforderungen stellen. Die Fortführung der Altstadtanierung gehört mit dazu. Für das neue Gewerbegebiet am Flugplatz sind sozialverträgliche und ökologische Lösungen für die Anwohner am Weißen Bild zu schaffen. All diese offenen Fragen haben wir aufgenommen und einen Prüfungsauftrag formuliert, der uns Entwicklungspotenziale aufzeigen soll, wie durch den Einsatz von kommunalen Geldern eine Gestaltung im städtischen Auftrag möglich ist. Zudem wollen wir wissen, wie eine Aufwertung erfolgen kann, die letztendlich als Mehrwert durch die Veräußerung des fertigen Objekts an einen Investor abgeschöpft werden kann.

Vom anschaulichen Thema Stadtentwicklung hin zu einer etwas trockeneren, aber um so wichtigeren Angelegenheit, nämlich den Finanzen! Das Zahlenwerk des städtischen Haushaltes wurde nach Abschluss der Beratungen auf der Ausgabenseite nochmals kräftig nach oben berichtet. Aber nicht, weil der Gemeinderat in seiner Ausgabewut kaum mehr zu bremsen war. Sondern weil die Eigenkapitalquote für die Stadtwerke aufgrund der hohen Investitionsausgaben für die Sanierung der Tiefgaragen entsprechend erhöht werden musste. Die Auslagerung der Tiefgaragen und des Parkhauses an die Stadtwerke geschah ja nur aus rein steuerlichen Gründen. Sanierungskosten in Höhe von ca. 5 Mio. € für die Museums-Tiefgarage neben den über 6 Mio. € für die Stadthallentiefgarage sind schon gewaltige Summen. Dabei sind 2 Mio. €, die für die neue,

innovative regenerativ betriebene, umweltfreundliche Heizungsanlage für das Frei- und Hallenbad zusätzlich bereitgestellt werden müssen, fast zu vernachlässigen.

Mit der Senkung der Hebesätze der Grundsteuer A und B wird der städtische Haushalt um weitere 1,1 Mio. € belastet. Wir stimmen dieser Maßnahme zu, obwohl wir uns zunächst für keine Absenkung ausgesprochen hatten. Wir hoffen sehr, dass damit ein Großteil der Bürger auch im Bereich der Mieten eine Entlastung erfährt. Aufgrund der anhaltenden guten Haushaltslage haben wir bereits zum Haushalt 2007 die Forderung aufgestellt, für Familien mit mehr als einem Kind den Kindergartenbesuch gebührenfrei zu machen. Etwas verwundert sind wir nun über den Antrag der FDP mit der Forderung von Betreuungsgutscheinen für Familien. Wo liegt hier der Unterschied? Wurde unserem Antrag rein aus parteipolitischem Hintergrund nicht zugestimmt? Das wäre bedauerlich, aber irgendwie auch typisch! Mit unserer Zustimmung machen wir deutlich, dass es uns um die Sache, nämlich um die Entlastung von Familien geht. Auch liegt der Verwaltung seit drei Jahren unser Antrag auf Einführung eines Stadtpasses vor, der auch die Zielrichtung der Vergünstigungen von Familien beinhaltet. Vielleicht können wir ja nun 2008 im Zusammenhang mit dem FDP-Antrag mit einer Antwort bzw. einem Ergebnis rechnen.

Um nochmals zurück auf das Thema Kindergartengebühren zu kommen. Hier möchten wir die CDU-Fraktion an ihr Wort erinnern. Als unser Antrag im Gremium behandelt wurde, sahen auch sie die Notwendigkeit der Gebührenfreiheit. Ihre Ablehnung unseres Antrages begründete sie damit, dass dies Sache der Landesregierung sei und wir gemeinsam auf diese Druck ausüben sollten, um zum Ziel zu gelangen. Die SPD für ihren Teil stellt bei jeder Gelegenheit diese Forderung auf und macht Druck. Doch schon allein der seit Monaten bestehende Stillstand seitens des Regierungschefs lässt jegliche Hoffnung auf ein zeitnahes betragsfreies Kindergartenjahr schwinden. Wo bleibt ihr zugesagter Einsatz in dieser Sache?

Unser Antrag auf Einstieg in den Kommunalen Wohnungsbau zielte ebenso auf Familien, aber auch auf Alleinerziehende und soziale Randgruppen ab, die auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind und auf dem freien Markt keine Chance haben. Diese Zahlen sind ansteigend. Nachdem die Landesregierung die Wohnbauförderung zugunsten des Eigenheimes umgestellt hat, ist für private Investoren der Mietwohnungsbau hinsichtlich der Rendite leider nicht mehr lukrativ und wirtschaftlich genug. Die Notwendigkeit eines vernünftigen Wohnungs- und Mietermixes wird gesehen. Vielleicht bringt eine Analyse, die derzeit von Seiten der Verwaltung entwickelt wird, eine andere Sichtweise, was die Daseinsvorsorge der Kommune betrifft. Wir denken hier nicht an Wohnsiedlungen, die die Kommune bauen soll, sondern an ein oder zwei Häuser, zum Beispiel im neuen Baugebiet Talfeld.

Ein ganz wichtiges, aktuelles Thema ist die Sicherheit in unserer Stadt. Derzeit verschärft sich die Situation. Diese Entwicklung hat die SPD-Fraktion befürchtet. Deshalb auch unsere Anträge zu den Haushaltsberatungen: 1. Die Notwendigkeit der Einrichtung einer Lenkungsgruppe Kommunale Kriminalprävention, als strategisches Steuerungsinstrument aller gesellschaftlichen Kräfte. 2. Das Konzept „Streetworker“, ein Auftrag an Jugend Aktiv, in dem die Aufgaben und Bedingungen des „Streetworks“ in Biberach dargestellt werden sollen. Auch unsere Forderung, den kw-Vermerk der Stelle beim Vollzugsdienst wegfallen zu lassen, zielte darauf ab, die Sicherheit in Biberach zu verbessern. Leider fand dieser Antrag nicht die erforderliche Mehrheit. Die Begründung für die Ablehnung war die Einsatzverlängerung des Präsenzdienstes sowie, dass man abwarten möchte, bis ein Konzept zur Sicherheitslage in Biberach vorliegt. Inzwischen werden wir leider von den negativen Ereignissen in der Stadt überholt. Die längeren Ladenöffnungszeiten, die Verlagerung der Jugendaktivitäten in die Abend- und Nachstunden, die vielen erweiterten Aufga-

ben, wie zum Beispiel die Rote Karte oder auch die erforderliche Zusammenarbeit mit dem Präsenzdienst, sprechen alle für eine Verstärkung. Wir brauchen diese Stelle nicht erst in einem Jahr, sondern heute!

Ein weiterer wichtiger Antrag waren Maßnahmen für die Erleichterung der Vereinsarbeit in unseren drei Fußballvereinen, deren Jugendarbeit wir nicht hoch genug schätzen können. Die Stadt hat die Aufgabe, die räumlichen Voraussetzungen zu schaffen, dass die Vereine eine gute Jugendarbeit gewährleisten können. Den fehlenden Kunstrasenplatz können wir zwar nicht sofort liefern, aber die Rahmenplanung des Grünzuges beim Gewerbegebiet Flugplatz nimmt endlich eine weitere Hürde. Auch haben wir erreicht, dass die Verwaltung mit den Vereinen ins Gespräch kam und diese hoffentlich bei der Planung mit beteiligt werden.

Unser innovativster Antrag: Die Erstellung eines Klimakonzeptes für die Gesamtstadt Biberach, der vorsah, die Akteure, wie Industrie, Wohnungsbaugesellschaften, Energieversorger, Verwaltung, Private, Umweltverbände von Beginn an mit einzubinden, fand leider keine Mehrheit. In einer Zeit, in der der Klimaschutz eine derartige hohe Priorität erreicht hat, bringt das Gremium nicht den Ehrgeiz auf, hierfür eine Vorzeigestadt zu werden. Lag es daran, dass die Verwaltung gleich professionell einsteigen wollte und für die Fremdvergabe 40.000 € veranschlagte? Andere Städte, wie zum Beispiel Aalen, Ulm oder Waiblingen aber auch kleinere Gemeinden wie Wiernsheim im Enzkreis werden vom Land für ihre Leuchtturmprojekte mit Preisen ausgezeichnet. Wir fragen uns manchmal schon, wird in dieser Stadt an den falschen Stellen gespart?

Positive Antworten erhielten wir zu unseren Anträgen für einen Zuschuss für das Ferienwaldheim „Hölzle“, das dringende Brandschutzmaßnahmen finanzieren muss. Die Kapuzinerstraße wird saniert. Und für das Braith-Mali-Museum wird der Einbau eines automatischen Türöffners geprüft, was für eine barrierefreie Stadt ein Muss ist. Besonders erfreulich ist die Entwicklung unserer früheren Anträge. Seit Jahren setzen wir uns ein für die Sanierung der öffentlichen Kirchplatztoilette. Nun endlich ist die Zeit reif und eine Mehrheit spricht sich für eine zeitnahe Sanierung aus. Gerne folgen wir dem Antrag auf die Bereitstellung von 1 Mio. € für eine bürgerliche Hospizstiftung. Auch stehen wir dem zweckgebundenen Zuschuss an die Hospitalstiftung für eine wirtschaftliche Lösung des Roten Baus positiv gegenüber. Für die SPD-Fraktion ist der Erhalt dieses Hauses ein großes Anliegen. Nur ein schnelles Handeln verhindert einen weiteren Zerfall. Alles in allem kann die SPD-Fraktion eine positive Bilanz aus den Haushaltsplanberatungen ziehen.

Einen Wunsch haben wir, die SPD-Fraktion, noch: Für 2008 wünschen wir uns in diesem Haus eine anständige Streitkultur. Sachorientiert, nicht polemisch, nicht beleidigend. Wir sind Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Unser Handeln gilt deren Wohl. Dazu gehört eine kultivierte und respektvolle Zusammenarbeit. Nur so können alle davon profitieren.

Zum Schluss bleibt mir noch die schöne Aufgabe, im Namen der Fraktion Frau Leonhardt für ihren derzeitigen doppelten Einsatz vielmals zu danken. Sie haben sich die Pause zwischen den Feiertagen redlich verdient. Aber unser Dank gilt auch allen Dezernenten, Amtsleitern und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich das ganze Jahr für eine bürgerfreundliche Verwaltung eingesetzt haben. Wir wissen ihre Arbeit zu schätzen. Die SPD-Fraktion wünscht ihnen allen ein frohes und entspanntes Weihnachtsfest und für das Jahr 2008 alles Gute und viel Kraft für Ihre vielseitigen Aufgabenfelder. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

(Applaus)

Für die Freie Wähler-Fraktion äußert sich StR Zügel wie folgt: „Aus Sicht der Fraktion der FW/UB prägen zwei bemerkenswerte Ereignisse die Beratungen in diesem Jahr für den kommenden Haushalt. Einmal die Entscheidung des Biberacher Gemeinderats unserem Antrag zu folgen und 1 Mio. € der Hospiz-Stiftung unter Auflagen zukommen zu lassen. Der Beschluss kann nur als Meilenstein gewertet werden, dieser so notwendig gewordenen Einrichtung in Biberach aus politischer Sicht auf die Beine zu helfen. Ein Hospiz muss allen Bürgern, ungeachtet ihrer Konfession oder Religion den Raum für die letzte Zeit des irdischen Lebens zur Verfügung stellen. Die FW/UB-Fraktion ist dankbar, dass alle Fraktionen den Gedanken der Überkonfessionalität dieser Einrichtung ähnlich sehen und den Wunsch nach einer weltlich dominierten Stiftung mittragen können. Die weltliche Stiftung ist daher auch die Vorbedingung für den oder die Verhandlungsführer der Stadt und des städtischen Hospitals mit den anderen Zustiftern und dem Förderverein. Dieses so zwingend formulierte Mandat setzt für die anderen Beteiligten, maßgeblich für die St. Elisabethen-Stiftung auch neue Rahmenbedingungen. Den passenden Ort zu finden, die Betreiberschaft und die Stiftung zu organisieren, wird die Aufgabe des Jahres 2008 sein.

Der zweite aus unserer Sicht bemerkenswerte Punkt ist die Entscheidung des Gemeinderats nicht die Gewerbesteuer, sondern die Grundsteuer zu senken. Die FW/UB-Fraktion lag mit ihrer Einschätzung die Auswirkung der Unternehmenssteuerreform abzuwarten goldrichtig. Und genau diese differenzierte Haltung fand sich nicht in der Grafik der Schwäbischen Zeitung. Entsprechend der Struktur und der Größe der Biberacher Gewerbesteuerzahler würde eine Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes nur Einnahmeherausfälle für die Kommune bedeuten, den begünstigten Firmen in überwiegender Zahl aber nicht zu Gute kommen, da diese wegen ihrer Rechtsform als Personengesellschaft die geringere Gewerbesteuer mit der Einkommensteuer verrechnen müssen und anstelle weniger Gewerbesteuer mehr Einkommensteuer zahlen. Plakativ formuliert: Biberach senkt die Gewerbesteuer, die Firmen erhalten in überwiegender Zahl nichts davon und in Berlin macht der Finanzminister die Hände auf. So stellen wir uns natürlich keine firmenorientierte Finanzpolitik vor. Nachdem genau diese Auswirkung im Verlauf der Beratungen bekannt wurde, ist es aus unserer Sicht nur konsequent mit einer deutlichen Grundsteuersenkung eine umfassende Entlastung für Firmen und Privatpersonen zu beantragen. Und da die CDU-Fraktion unabhängig von uns fast wortgleich dasselbe beantragt hat, war es auch eine klare Entscheidung.

Die geplante Grundsteuerhebesatzsenkung um 100%-Punkte kostet den Biberacher Haushalt immerhin 1,1 Mio. €. Die FW/UB-Fraktion will in guten Zeiten Geld dem Bürger zurückgeben. Damit setzt der Biberacher Gemeinderat erneut nach der letztjährigen Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes ein politisches Zeichen, welches nicht nur im Journal des Bundes der Steuerzahler notiert werden dürfte. Es ist auch ein Signal für das politische Umland und die Attraktivität dieser Stadt. Unsere Politik des kalkulierten Wartens hat sich ausgezahlt. Und Befürchtungen auch bei vollen Kassen würde die Mehrheit dieses Gemeinderats dem Bürger nichts zurückgeben wollen, haben sich wiederholt als falsch bewiesen. Ein zusätzlicher Punkt ist erwähnenswert. Eine Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes um 10% Punkte löst bei den kleineren und mittleren Betrieben bei weitem nicht die erhoffte Geldlawine aus, wie sie politisch verkauft wird. Eine Senkung der Grundsteuer für alle Immobilienbesitzer mit Weiterreichung an die Mieter ist wirkungsvoller, sozialer und damit besser.

Auf die Folgekostenproblematik durch die Realisierung des Schulstandortes Biberach und die Verteuerung im Bereich der Kindergärten haben wir in der 1. Rede hingewiesen. Kommunalpolitik bedarf der Einnahmekenntinuität um die Versprechungen, die man der Bürgerschaft in Form von

hohen Standards gegeben hat, auch halten zu können. Nichts ist irritierender als ein Auf und Ab von Steuersätzen.

Insgesamt ist unsere Fraktion mit den Ergebnissen der Haushalts-Beratungen nicht unzufrieden. Unsere Anträge zur endgültigen Abschlussgestaltung des Ulmer-Tor-Platzes wurden von der Verwaltung bzw. den anderen Fraktionen aufgegriffen und befürwortet. Der Kreisel an der Hans-Liebherr-Strasse wurde aus der Planung gestrichen. Die Projekte Radweg an der Adenauerallee, die Erneuerung der Treppenanlage an der Unterführung Königsbergallee, die Nutzung des Gigelbergturmes für Stadtführungen bedürfen noch der Realisierung. Die Politik, zumindest die Kommunalpolitik in der Stadt Biberach, wird angesichts der guten finanziellen Lage nicht übermütig. Das ist uns wichtig. Da können wir die beschönigende, verschleierte Umbenennung eines geplanten Straßenaufstiegs sehr nahe bei Mettenberg verschmerzen.

Vor einem Jahr haben wir das Thema der Integration zum Thema gemacht. Der Gemeinderat hat den Integrationsausschuss beschlossen. Jetzt muss dieser Ausschuss endlich tagen. Das Thema Integration ist mittlerweile um das Thema Sicherheit auf unerfreuliche Weise bereichert worden. Der Gemeinderat muss sich wie von uns beantragt mit dem Thema Integration, mit dem Thema Sicherheit intensiv auseinandersetzen. Die Verwaltung muss einen Situationsbericht dem Gemeinderat vorlegen. Dazu gehört auch die Prüfung der Frage, mit welchen Mitarbeitern mit welcher Qualifikation im städtischen Vollzugsdienst welche Aufgaben zu bewältigen sind. Diese Problematik muss für den neuen Leiter des Ordnungsamtes vordringlich sein.

Ein Wort zur Zusammenarbeit zwischen Gremium und Verwaltung, zwei Worte zum Klima zwischen Gemeinderat und Verwaltung. Die Biberacher Stadtverwaltung leistet viel und bewegt noch mehr. Dies wird von der FW/UB-Fraktion ausdrücklich anerkannt. Unsere Fraktion hat sich deshalb immer dafür eingesetzt, die Führungspositionen in ausreichender Zahl zu besetzen. Wir nehmen für uns im Biberacher Gemeinderat in Anspruch, qualitativ gute Gemeinderatsarbeit zu leisten. Viele Fraktionssitzungen würden schneller enden, wenn nicht die umfangreichen und fachlich sehr unterschiedlichen Vorlagen in allen Facetten diskutiert werden würden. Ich bin überzeugt, das geht allen Fraktionen so. Gemeinderäte unterliegen dem doppelten Druck, ihren beruflichen Ansprüchen und ihren politischen Anforderungen gerecht zu werden. Deshalb wird die Messlatte an die Arbeit der Verwaltung auch so hoch gelegt. Es war mir leider nicht vergönnt, die Bibelstelle dieses sinngemäßen Zitats zu finden: Wem viel gegeben ist, von dem wird viel erwartet. Auch dieses gilt für unsere Verwaltung. Wir wollen mit dieser Stadtverwaltung Politik wertvoll zum Nutzen des Bürgers gestalten. Das ist eigentlich das Credo, das wir der Verwaltung, bei allen Irritationen, die in den letzten Sitzungen entstanden sind, mitgeben wollen. Es gilt Dank zu sagen an die Kollegen des Gemeinderats, die Mitarbeiter der Stadtverwaltung, an Frau Leonhardt, die unseren erkrankten Herrn Wersch vertreten musste, aber nicht zuletzt an den Herrn Oberbürgermeister selber. Sie hatten Herr Fettback, in der Interimszeit der fehlenden Geschäftsführer für e.wa riss und Stadtwerke ein Päckchen zu tragen, das über das normale Maß hinaus ging. Wir haben die Personalentscheidung eingeleitet, so dass 2008 wieder normale Verhältnisse eintreten können. Wir danken allen Genannten ausdrücklich, wünschen schöne Weihnachten und stimmen nebenbei dem Haushalt zu.

Es wird applaudiert.

Für die Grünen bezieht StR Weber wie folgt Stellung: „ Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, es ist schon angenehm in einer kleinen, aber feinen Stadt Stadtrat zu sein. In einer Stadt, in der fast alles seinen guten Weg geht. Beste

Arbeitsbedingungen, gute Infrastruktur, beste Sportbedingungen, alle Schulen, VHS, anspruchsvolle kulturelle Angebote, beste Weiterbildungsmöglichkeiten, keine Kreditaufnahmen. Diese Liste ließe sich noch länger fortsetzen. Und dann der Haushalt 2008, um den uns andere Städte und Kommunen beneiden. Auch die Haushaltsberatungen sind mit wenigen Ausnahmen harmlos verlaufen. Ja, ich möchte es vorwegnehmen, wir von den Grünen stimmen diesem Haushalt zu. Sicher - es gäbe viele Wünsche, trotzdem sollte man auf dem Boden bleiben. Aber so ein bisschen Visionen darf man schon haben:

Wir blicken vor: Dezember 2015 - die Stadt Biberach erhält einen Umweltpreis. Dieser wird überreicht an OB Thomas Fettback, der übrigens zum 3. Mal wiedergewählt wurde. Schon früh hatte die Stadt den Klimawandel ernst genommen und mit aller Kraft entgegen gesteuert. Für Nachhaltigkeit und Klimasicherung späterer Generationen wurde alles getan. So ist die Stadt bestens mit Kinderkrippen und Kindergärten ausgestattet. Die Öffnungszeiten sind flexibel auf die Bedürfnisse der berufstätigen Eltern abgestimmt. An allen Schulen findet Ganztagesbetreuung statt. In allen Einrichtungen wird bei der Verpflegung auf hochwertige regionale und ökologische Herkunft geachtet.

Aufgrund der demographischen Entwicklung wurden in den letzten Jahren einige Hospize geschaffen, die nach neuesten Erkenntnissen materiell und personell großzügig ausgestattet sind. Integration ausländischer Mitbürger und Schulsozialarbeit sind eine Selbstverständlichkeit. Sozialschwache werden separat gefördert. Der Ausbau zum betreuten Wohnen entspricht dem Zeitgeist. Zur Zeit wird eine Schule mangels Schülern als Seniorenbegegnungsstätte umgebaut.

Die Stadt hatte vor vielen Jahren ein breit angelegtes Klimaschutzkonzept erstellen lassen. Mit im Boot waren Industrie, Wohnungsbaugesellschaften, Energieversorger, Verwaltung, Agendagruppen und Umweltschutzverbände. Begleitet wurde dieses Konzept durch ein Förderprogramm Umweltschutz für private Maßnahmen, wobei die Wärmedämmung den größten Anteil ausmachte. So wurde nach Erstellung eines Energiekonzeptes zum Beispiel die gesamte Straßenbeleuchtung auf LED/OLED Leuchten umgestellt. Aufgrund einer Studie über erneuerbare Energien wurden folgende Maßnahmen durchgeführt: Biberachs großes Neubaugebiet Talfeld wird neben städtebaulich gelungener und verdichteter Bebauung mit Fernwärme versorgt. Von hospitälen Wäldern kommt Holz für eine zentrale Holzschnitzelanlage. So sind viele private, städtische und seit neuestem auch kirchliche Gebäude mit Photovoltaikanlagen ausgestattet. Auf den Höhen um Biberach, in Ringschnait, Winterreute, Bergerhausen und Mettenberg drehen sich Windräder. Diese sichern auch bei einer Biberacher Firma Arbeitsplätze und lassen gute Umsätze erfahren.

Der Naturschutz wurde nach langer Abstinenz vor Jahren wieder aktiviert. Wichtigster Ansatz: Vermeiden vor Eingriff. Es wurden neue Biotopnetzungen angelegt. Viele Gewässer renaturiert und mit angepassten Randstreifen versehen.

Der Individualverkehr ist in den letzten Jahren zurückgegangen. Dies ist nicht nur auf die sinkende Bevölkerungszahl zurückzuführen. Eine entscheidende Rolle spielt auch unser vorbildlicher ÖPNV. Durch die Elektrifizierung der Südbahn ist das Reisen mit der Eisenbahn neu entdeckt worden. Nicht zu vergessen das altbewährte Anrufsammeltaxi, das nach wie vor gerne angenommen wird. Mit ausschlaggebend für die Preisverleihung war auch der Erhalt von wertvollem Acker- und Grünland, sowie eines ökologisch hochwertigen Rißtalhanges. Hier war doch tatsächlich noch vor Jahren der geplante „Aufstieg Mettenberg“.

So weit unsere Visionen. Doch als Stadt in einer solch glücklichen finanziellen Lage, sollten wir gut überlegen, für was wir unser Geld ausgeben. Wir können jetzt die Weichen stellen für künftige Generationen - dass sie weitermachen können mit den Infrastrukturen, die sozial, ökologisch und ökonomisch Sinn machen. Wir sind finanziell dazu in der Lage. Nutzen wir die Chance.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!“

(Applaus).

Für die FDP bemerkt StR Funk folgendes: „Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, zuerst zwei Punkte der eher negativen Art, um dann mit dem Positiven enden zu können. Wir halten unsere immer wieder vorgetragene Kritik aufrecht, dass wir es für unzumutbar halten, innerhalb von vier Wochen neben den laufenden Gemeinderatssitzungen noch alle Pläne 2008 in so kurzer Zeit zu beraten, nämlich: Haushaltsplan der Stadt Biberach, die Wirtschaftspläne von Hospital, Bürgerheim gGmbH, Stadtwerke GmbH, Eigenbetrieb Stadtentwässerung und Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft. Nach unserer Auffassung waren die Beratungen – nichtöffentlich – mehrfach nicht mehr sachgerecht zu leisten. Dies gilt unserer Meinung nach für die Verwaltung genauso wie für die Kontrollorgane. Wir empfehlen deshalb weiterhin die Beratungen auf die Monate Oktober bis Januar zu verteilen.

Unser Hauptkritikpunkt: Weiterhin gibt es viel zu wenig öffentliche Beratungen der Stadtwerke GmbH auf Gesellschafterebene, nämlich in öffentlichen Gemeinderatssitzungen. Nach unserer Auffassung gehören alle Investitionsentscheidungen in den Gemeinderat und nicht in den Aufsichtsrat. Von der e wa riss GmbH wollen wir in diesem Zusammenhang schon gar nicht mehr reden. Diese Steuergelder arbeiten ohne jeglicher Kontrolle des Gemeinderates wegen diesen gesellschaftlichen Bestimmungen. Die Stadtwerke Biberach GmbH brauchen enormes Geld, erstens für Investitionen, zweitens für Folgekosten der Investitionen, meistens Verlustbringer, die wir von der Stadt dort eingebracht haben und drittens, und das ist das wichtigste, darüber wurde überhaupt noch nicht geredet, auch über die Ansparung der Abschreibung für die Ersatzinvestitionen in der Zukunft, wofür sich keiner zuständig fühlt, weder die Stadtwerke noch die Stadt Biberach. Die Vorgehensweise und die Darstellung der Finanzströme zwischen e wa.riss, Stadtwerken und der Stadt Biberach für die Gegenwart und die Zukunft sind für uns nicht akzeptabel. Der Öffentlichkeit wird nichts transparent gemacht. Wir haben mehrfach im Haushaltsplan der Stadt Biberach Rücklagen für die Stadtwerke gefordert. Wir werden ab dem Jahr 2008 mit den komplexen Themen auch mehr an die Öffentlichkeit gehen und werben erneut für Änderungen in den Gesellschaftsverträgen. Wenn ich die CDU gehört habe, müssten wir jetzt eigentlich so weit sein, dass ihr auf unserer Seite seid und wir knapp vor einer Mehrheit stehen.

Zu den Ergebnissen: Die Ergebnisse der Beratungen für die Bevölkerung sind aus unserer Sicht sehr bescheiden. Was bei den Bürgern ankommt ist der FDP-Initiative zu verdanken: Wir haben jetzt 1,1 Mio. € - laut Verwaltung gerechnet - durch die Grundsteuersenkung, die wir an die Bürger zurückgeben. Zur Korrektur: Wir haben 2007 weder die Grundsteuer- noch die Gewerbesteuerhebesätze gesenkt, sondern das war ein Jahr zuvor. Wir als FDP haben im letzten Jahr eine Senkung der Hebesätze für die Grundsteuer B, die Unternehmen, Mieter und Eigentümer entlastet, um 30 Punkte auf 270 beantragt, aber leider nicht durchgesetzt. In diesem Jahr beantragten wir das Doppelte nämlich 60 Punkte auf 240. Während der Beratungen schlossen sich nicht nur eine klare Mehrheit des Gemeinderates, sondern auch die Verwaltung unserem Antrag an, sie übertrafen ihn sogar noch. Herzlichen Dank dafür. Biberach wird damit sicher wieder eine weitere Schlagzeile machen. Aber diese Grundsteuersenkung ist kein Ersatz für eine Gewerbesteuer-

kung. Wer das sagt, liegt sicher bei der Mehrheit der Betriebe falsch. Zur Gewerbesteuer komme ich noch am Ende meiner Ausführungen. Eines ist klar: Wir lassen uns diesen Erfolg der massiven Grundsteuersenkung nicht nehmen, genauso wenig wie eine Stunde kostenfreies Parken in den Parkierungsanlagen.

Unsere weiteren Anträge. Unsere Anträge hatten eine hohe Akzeptanz und bekamen Zustimmung wie nie zuvor in den letzten Jahren. Die Anträge waren sinnhaftig und stimmig. Dazu im Einzelnen:

- Beteiligung der Stadt Biberach an der Altstadtanierung an dem Beispiel des unbebauten Grundstückes gegenüber dem Jugendtreff. Hier sind wir noch nicht viel weitergekommen, werden aber von der Verwaltung verlangen, dass wir uns genauso verhalten, wie wir es von Privaten auch verlangen. Wir haben übrigens nie verlangt, dass alles bebaut wird, sondern wir haben nur gesagt, dass für die Altstadt Ost, wo gebaut und geparkt wird, eine sinnvolle Lösung erforderlich ist. Das Thema bleibt für uns auf dem Tisch.
- Bericht über vorhandene Tauschflächen für zukünftige Entwicklungen wurde uns zugesagt.
- Heirat an Samstagen – wir wollten, dass die Biberacher jeden Samstag heiraten können. So weit sind wir noch nicht, aber wir haben massive Verbesserungen erreicht und dieses Thema platziert.
- Ruhender Verkehr. Wir haben gefordert mehr öffentliche Stellplätze in bestehenden Wohngebieten und wollten, dass die Stellplatzablösegebühren gesenkt werden. Wir sind einen Schritt weiter gekommen. Wir hatten Pause gemacht. Am 02.10.2001 hatten wir einen umfassenden Antrag zum ruhenden Verkehr gestellt. Das war schön, auch wenn wir in einem zweistündigen Gespräch mit dem Baubürgermeister nichts erreicht haben. Jetzt sind wir, nachdem wir von verschiedenen Seiten massiv auf dieses Thema angesprochen wurden, so weit, dass die Verwaltung 2008 über die Stellplatzlösegebühr berichten und der Bauausschuss das Thema diskutiert wird. Zwar haben wir nicht erreicht, dass mehr Stellplätze in alten Wohngebieten errichtet werden, aber wir haben erreicht, dass zum Beispiel im Grünen Weg zumindest über andere Maßnahmen nachgedacht wird. Wir sind also auch hier sehr zufrieden.
- Ein weiterer Antrag war die Aufwendungen für regenerative Energien und Klimaschutz von e.wa riss und Stadt Biberach nach Möglichkeit zu bündeln und in einem Projekt einzusetzen, bei dem die höchste Effizienz erzielt wird. Zum Beispiel Beteiligung an einem Kraftwerk. Damit sind wir durchgekommen. Wir haben nur einen Fehler gemacht. Wir haben nicht aufgenommen, dass auch die Stadtwerke dabei sein sollten.
- Ferner beantragen wir, ab 2009 Familien mit Kindern Betreuungs- und Bildungsgutscheine auszugeben. Der Antrag ist sehr durchdacht und wir glauben, dass sich hier alle politischen und sehr unterschiedlichen Denkrichtungen wiederfinden. Frau Kübler kann ich gerne sagen, was gemeint ist. Gedacht ist die Fortentwicklung des Betreuungsgutscheins. Diese haben wir schon seit ewigen Zeiten im Programm für Krippenplätze und Kindergärten. Sie haben das Ziel, dass auch diejenigen Familien, die ihre Kinder zuhause betreuen, auch in den Genuss kommen von staatlichen Mitteln. Kindergartengebühren total abzuschaffen hat nie unsere Zustimmung erhalten. Aber mit einem Betreuungsgutschein ist uns geholfen und die Denkweise vieler findet sich hier wieder. Ich nenne die Punkte: Wir finden das Ziel, Geld zurück an die Bürger, wieder. Freie Nutzung von Kindergärten hätten wird dann auch, wenn die Gutscheine eingesetzt würden. Wir hätten die Freiheit der Bürger, selber zu entscheiden. Bildung an sich würde transportiert, wobei auch Sport und Bewegung ein wichtiges Thema darstellen. Daher hoffen wir, dass dies 2008 zum Erfolg geführt wird und bei den Bürgern etwas mehr ankommt.
- Mit dem Antrag, eine Rückstellung für Altenhilfe als Risikovorsorge einzurichten haben wir uns nicht durchgesetzt. Wir haben uns dann schnell dem Antrag der Freien Wähler ange-

schlossen. Ich möchte aber doch den Unterschied herausarbeiten, zwischen diesen zwei Denkrichtungen. Der Antrag wurde von uns gestellt, da wir neben Familie und Jugend auch etwas für die Älteren tun wollten. Zweitens haben wir schon vor fünf/sechs Jahren auf den Demografiewandel aufmerksam gemacht und wollen nun auch handeln. In heutiger Zeit wäre unseres Erachtens der Hospital noch in der Lage, ein Hospiz zu schultern. Unser Antrag war eher gedacht für die Zeit in 10 bis 15 Jahren, zweckgebundene Rücklagen zu bilden. Nach dem Antrag der FW/UB wird dieses Geld gleich eingesetzt. Da diese Stiftung auch ewig gelten soll, deckt sie sich sehr weit mit unserem Antrag. Daher sind wir auch von dieser Seite zufrieden.

- Zuletzt zur Gewerbesteuer: Die Verwaltung wollte letztes Jahr warten bis die Unternehmenssteuerreform beschlossen wurde. Die Verwaltung wollte dieses Jahr warten, bis die Wirkung bei den Biberacher Firmen sichtbar wird – das hätte noch zwei Jahre gedauert. Die Veränderung der Hebesätze ist auch unserer Hartnäckigkeit zu verdanken, denn wir haben die Verwaltung gebeten, die zuletzt beschlossenen Gesetze zu erläutern und auf die Struktur der Biberacher Steuerzahler herunterzubrechen. Dabei ist klar geworden, dass bei einem Hebesatz zwischen 280 und 380 im Gegensatz zu früher eine Anrechnung leerläuft. Neben dem, was ich bei der ersten Lesung sagte, dass bestimmte Unternehmen enteignet werden, haben sie hier dafür gesorgt, dass die Gewerbesteuerreform für Personengesellschaften leerläuft. Wir haben von der Verwaltung die Zahl bekommen, dass 75% der Einnahmen von Personengesellschaften kommen. Das war die entscheidende Zahl. Daraufhin war klar, dass für 75% die Senkung leerlaufen würde, die wir daher nicht mehr verantworten konnten. Diese Botschaft muss klar und deutlich transportiert werden, dass wir alles getan und versucht haben, wie früher etwas in guten Zeiten etwas zurück zu geben, dass aber die Gesetzänderungen bei der Unternehmenssteuerreform uns das nicht mehr ermöglicht haben. Nun komme ich zum Schluss. Ich signalisiere Zustimmung zu diesem sehr guten Haushalt und schließe mich dem Dank aller Vorredner an. Ich danke allen Beteiligten. Dankeschön.“

(Applaus).

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Haushaltsplan 2008 der Stadt Biberach wird in der Fassung der Änderungen festgestellt.

2. Folgende Haushaltssatzung wird erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit

1. den Einnahmen und Ausgaben von je	161.500.000 €
davon im Verwaltungshaushalt	119.730.000 €
im Vermögenshaushalt	41.770.000 €

2. dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigungen) von	0 €
--	------------

...

3. dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen von 8.548.253 €

§ 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 3.000.000 € festgesetzt.

§ 3

Die Hebesätze werden festgesetzt:

1. für die Grundsteuer

- a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf 200 v.H.
- b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf 200 v.H.

2. für die Gewerbesteuer auf 330 v.H. der Steuermessbeträge.

- 3. Der Stellenplan wird als Bestandteil zum Haushaltsplan (Anlage 1 zum Haushaltsplan 2008) in der Fassung der Änderungen - Anlage 4 zu Drucksache Nr. 241/2007 - festgestellt.**
- 4. Die Bewirtschaftungs- und Sperrvermerke, wie vom Hauptausschuss und Bauausschuss empfohlen und im Haushaltsplan bzw. in der Anlage 1 zu Drucksache Nr. 241/2007 im einzelnen dargestellt, werden bestätigt.**
- 5. Das Investitionsprogramm der Finanzplanung 2007 - 2011 - wie in Anlage 2 zu Drucksache Nr. 241/2007 dargestellt - wird festgestellt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 201/2007 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung erfolgte im Gemeinderat am 10.12.2007.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Aufgrund § 16 des Gesetzes über Eigenbetriebe der Gemeinden (Eigenbetriebsgesetz – EigBG) in der Fassung vom 1. Juli 2004 (Gesetzblatt Seite 469) wird der Jahresabschluss 2006 wie folgt festgestellt:

1. Feststellung des Jahresabschlusses

1.1 Bilanzsumme	6.020.600,01 €
1.1.1 davon entfallen auf die Aktivseite auf	
das Anlagevermögen	4.430.184,45 €
das Umlaufvermögen	1.583.415,32 €
die Rechnungsabgrenzungsposten	7.000,24 €
1.1.2 davon entfallen auf der Passivseite auf	
das Eigenkapital - Rücklagen	3.898.744,09 €
die Rückstellungen	32.972,34 €
die Verbindlichkeiten	1.481.330,64 €
die Rechnungsabgrenzungsposten	21.417,78 €
1.2 Jahresgewinn	586.135,16 €
1.2.1 Summe der Erträge	1.633.605,32 €
1.2.2 Summe der Aufwendungen	1.047.470,16 €

2. Verwendung des Jahresgewinns

Der Jahresgewinn von 586.135,16 € wird den Ergebnismittelrücklagen zugeführt und auf die neue Rechnung vorgetragen. Er dient dem Ausgleich der in künftigen Wirtschaftsjahren zu erwartenden Verluste.

3. Entlastung der Betriebsleitung

Die Betriebsleitung des Eigenbetriebs Wohnungswirtschaft Biberach wird für das Wirtschaftsjahr 2006 entlastet.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 224/2007 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Gemeinderat am 10.12.2007.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Aufgrund des § 14 des Gesetzes über Eigenbetriebe der Gemeinden (Eigenbetriebsgesetz - EigBG) in der Fassung vom 1. Juli 2004 (Gesetzblatt Seite 469) wird der Wirtschaftsplan 2008 wie folgt festgestellt:

1. Erfolgsplan

• Erträge	1.472.000,00 €
• Aufwendungen	1.170.000,00 €
• Jahresgewinn	302.000,00 €

2. Vermögensplan

• Finanzierungsbedarf (Ausgaben)	1.067.000,00 €
• Finanzierungsmittel (Einnahmen)	1.067.000,00 €

3. Kreditaufnahme **600.000,00 €**

4. Höchstbetrag der Kassenkredite **300.000,00 €**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 239/2007 zur Beschlussfassung vor. Ferner liegt der Wirtschaftsplan zur Beschlussfassung vor, der dieser Niederschrift nicht angeschlossen ist. Die Vorberatung erfolgte im Gemeinderat am 10.12.2007.

BM Ogertschnig führt kurz ins Thema ein und betont, dass 2008 noch keine Gebührenänderung erfolge, man aber für 2009 eine Gebührensenkung anvisiere. Er dankt Frau Leonhardt und dem Tiefbauamt für das Geleistete. Der Wirtschaftsplan sei insofern zu ändern, da die eingeplante Maßnahme für Hofen nicht eingestellt worden sei. Dies sei aus Sicht der Verwaltung bedauerlich, da der Vorschlag auf ein nach langjähriger Abstimmung mit dem Landratsamt erarbeitetes Konzept zurückzuführen gewesen sei. Er sei gespannt auf die Reaktion des Landratsamts.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Wirtschaftsplan 2008 des Eigenbetriebes Stadtentwässerung Biberach wird in der Fassung der Änderungen festgestellt.**

- 2. Folgender Wirtschaftsplan wird erlassen:**

§ 1

Der Wirtschaftsplan 2008 wird festgesetzt mit

- | | | |
|-----------|------------------------------------|--------------------|
| 1. | dem Erfolgsplan | |
| | mit einem Gesamtaufwand von | 5.661.700 € |
| | und einem Gesamtertrag von | 5.661.700 € |
|
 | | |
| 2. | dem Vermögensplan | |
| | mit Ausgaben von | 5.722.000 € |
| | und mit Einnahmen von | 5.722.000 € |

§ 2

**Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen
(Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf 3.400.000 €**

§ 3

**Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Verpflichtungs-
ermächtigungen wird festgesetzt auf 150.000 €**

§ 4

**Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf
festgesetzt. 1.000.000 €**

- 3. Der Stellenplan wird als Bestandteil zum Wirtschaftsplan (Anlage 1 zum Wirtschaftsplan 2008) mit festgestellt.**
- 4. Der Finanzplan 2007 - 2011 wird festgestellt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 205/2007 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmig Beschlussempfehlung erfolgte im Gemeinderat am 10.12.07.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Korrektur der alten uneinheitlichen Abschreibungssätze aus dem Jahr 1996 wird zugestimmt. Die Korrektur erfolgt im Jahr 2006.**
- 2. Der Anpassung der Abschreibungssätze ab dem Jahr 2007, wie nachfolgend dargestellt, wird zugestimmt.**

Bezeichnung	AfA-Satz bisher	AfA-Satz neu	Nutzungsdauer alt	Nutzungsdauer neu
Sonderbauwerke	2,0 %	2,2 %	50 Jahre	45,5 Jahre
Maschinenteknik	7,5 %	8,33 %	13 Jahre	12 Jahre
Hausanschlüsse	1,75 %	2,2 %	57 Jahre	45,5 Jahre
Regenwasserkanäle	1,75 %	2,2 %	57 Jahre	45,5 Jahre
Schmutzwasserkanäle	1,75 %	2,2 %	57 Jahre	45,5 Jahre
Mischwasserkanäle	1,75 %	2,2 %	57 Jahre	45,5 Jahre

Dem Gemeinderat die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigelegte Drucksache Nr. 234/2007 zur Beratung vor. Die Vorberatungsergebnisse von Hauptausschuss und Bauausschuss sind in Drucksache Nr. 234/2007-1 festgehalten, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigelegt ist.

OB Fettback hebt darauf ab, die Telefonzentrale sei die Visitenkarte des Rathauses. Leider habe man im Rathaus wenig Publikumsverkehr, weshalb man vor langer Zeit die Schaffung des Bürgeramts im Rathaus überlegt habe, was mehrheitlich abgelehnt worden sei. Die Zeit sei jedoch weiter gegangen. Man müsse sich auch ohne Bürgeramt um die Bürgerinformationszentrale kümmern, auch mit Blick auf die Samstagöffnung und anderes mehr. Der Bauausschuss habe dem Verwaltungsvorschlag grundsätzlich zugestimmt, aber ein grundsätzliches Problem mit dem Eingang des Rathauses, was geprüft werden solle. Beide Ausschüsse wollten die Bürgerinformationsstelle jetzt auf den Weg bringen. Die Prüfung der Eingangssituation sei in Ordnung, dürfe aber kein Junktim sein und an die Maßnahme Bürgerinformationsstelle gekoppelt werden. Beide Maßnahmen müssten umgesetzt werden. Er wolle daher die Umsetzung der Bürgerinformationsstelle nicht schieben, bis klar sei, was aus der Türe werde. Zu letzterer werde man sich so schnell wie möglich um technische und bürgerfreundliche Vorschläge bemühen.

StR Kolesch bezeichnet es als wichtig, dass etwas geschehe. Das Bürgeramt habe man großteils beim Ordnungsamt, weshalb man einer Unterbringung im Rathaus nicht zugestimmt habe. Man habe die Öffnungszeiten weiter ausgebaut und die Bürgerinformationsstelle sei eine zusätzliche Anlaufstelle für Bürger, die auch länger geöffnet habe. Daher sei es an der Zeit, das umzusetzen, was man schon vor sechs Jahren beschlossen habe. Der bestehende alte Glaskasten, der zum Arbeiterschutz gedacht gewesen sei, sei nicht kundenfreundlich und müsse durch eine zeitgemäße Lösung ersetzt werden. Der Verwaltungsvorschlag habe überzeugt, auch wenn er nicht preiswert sei, man habe jedoch nicht viele Alternativen. Daher werde die CDU-Fraktion zustimmen. Eine Veränderung der Eingangssituation liege auch am Herzen. Man wolle ein offenes Haus und Bürger willkommen heißen, was einen leichten, einladenden Einlass erfordere, der jetzt nicht gegeben sei. Einige fänden den automatischen Türöffner nicht, zeitweise stehe die Türe lange auf, was die Zugproblematik erschwere und anderes mehr. Daher benötige man auch hier eine zeitgemäße Lösung. Wenn diese transparent sei, sei sie auch an einem historischen Gebäude vorstellbar. Wenn man die Prüfung unter diesen Prämissen vornehme, sei man mit der Aufhebung des Sperrvermerkes einverstanden.

OB Fettback betont, die Zusage stehe, dass man mit Hochdruck prüfen werde, ob eine Veränderung technisch überhaupt möglich sei.

StR Keil hält es für eine komplizierte Aufgabe, in die gotische Halle einen modernen, bürgerfreundlichen Arbeitsplatz einzubauen. Die optische Qualität müsse erhalten bleiben und die funktionelle Qualität müsse wesentlich gesteigert werden, was immense technische Anforderungen bedeute. Die Veränderung sei dringend notwendig und die SPD-Fraktion habe die Absicht der Verwaltung immer unterstützt. Der Vorschlag sei eine sehr gute Lösung für die Mitarbeiter.

Die Eingangstür sollte eine repräsentative Öffnung sein, aber wenn die Repräsentation so schlecht funktioniere wie derzeit, kehre sie sich ins Gegenteil.

Er gibt zu bedenken, ob ein Eingang von der Seite möglich wäre, da dies optisch nicht so sensibel wäre. Ferner fragt er, ob eine Windfanglösung ähnlich wie in der Bücherei möglich wäre. Er signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion.

StR Rieger meint, an der vorgesehenen Stelle für die Bürgerinformationsstelle seien Zugscheitungen feststellbar, weshalb man diese Stelle als Arbeitsplatz nicht zumuten könne. Als Denkanstöße trägt er vor, einen Mauerdurchbruch zur Botenmeisterei zu machen, versenkbare Monitore vorzusehen, damit kein Einblick Dritter möglich sei. Für die Eingangssituation spricht er eine Drehtüre an, die zwar möglich aber nicht vorstellbar sei. Da man die Maßnahme auf den Weg bringen wolle, stimmten die Freien Wähler zu. Die Mitarbeiter dürften aber unter der Veränderung nicht leiden.

StR Späh bezeichnet den Umbau zur Bürgerinformationsstelle als sehr wichtig, da die aktuelle Situation nicht mehr hinnehmbar sei. Es sei eine Visitenkarte, die erste Anlaufstelle, die entsprechend repräsentativ sein müsse. Durch die Brandschutztüre werde der Bereich etwas abgeschottet.

Eine Verbesserung der Eingangssituation bezeichnet er ebenfalls als sehr wichtig. Der Luftschleier erscheine nicht ausgereift und er verbrauchte permanent Energie. Der Eingang sollte bürgerfreundlich, offen und eventuell mit einer zweiten Tür vorgesehen werden. Insgesamt müsse man eine freundliche, offene Situation schaffen. Bezüglich der Bürgerinformationsstelle gefalle Variante 2 besser. Man benötige zeitgerechte Arbeitsplätze. Die Verwaltung habe überzeugt, dass Probleme wie Einsicht Dritter auf den Monitor oder die Beschattung umgesetzt werden könnten. Es sei sinnvoll, mehrere Arbeitsplätze im BIS zu haben. Die Grünen stimmten zu.

StR Braig meint, das Bürgeramt sei größtenteils beim Ordnungsamt vorhanden, dennoch benötige man eine Zentrale im Rathaus. Angesichts von Zusatzaufgaben für die Mitarbeiter wie den Kartenverkauf, der bürgerfreundlich sei, sei der Verwaltungsvorschlag sinnvoll. Einblick in Monitore könne man leicht durch Folien unterbinden. Zum Eingang meint er, der Vorschlag von StRin Brunner, die darauf abgehoben habe, dass das Gebäude bereits bei den Arkaden beginne, sei überlegenswert. Man benötige eine bürgerfreundliche, barrierefreie Lösung. Die Zustimmung erfolge daher unter dem Junktim, das die Eingangssituation geändert werde.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Einrichtung der beschriebenen Bürgerinformationsstelle im EG des Rathauses statt der bisherigen Telefonzentrale wird zugestimmt.**
- 2. Der dargestellten Entwurfsplanung wird zugestimmt.**
- 3. Der dargestellten Kostenberechnung wird zugestimmt.**
- 4. Der Sperrvermerk auf HH-Stelle 2.0610.940100.2-100 wird aufgehoben.**
- 5. Im Bauausschuss werden Alternativen zur jetzigen Eingangstür vorgestellt und beraten.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 229/2007 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 13.12.07.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die als Anlage zu Drucksache Nr. 229/2007 beigefügte 5. Änderung der Friedhofsgebührensatzung wird beschlossen.

**TOP 7 Neuaufstellung des Bebauungsplanes "GE 1 - Flugplatz / Grünzug
Weißes Bild";
Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB
Beteiligung der Bürger und der Behörden gemäß
§ 3 Abs. 1 und § 4 BauGB**

233/2007

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 233/2007 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung erfolgte im Bauausschuss am 17.12.07.

StR Braig ist befangen und nimmt in den Zuschauerreihen Platz.

BM Ogertschnig erläutert den Sachverhalt und verdeutlicht, ohne Nord-West-Umfahrung könne das Gebiet nicht erschlossen werden. Die Aussagen des Kreiskämmerers zur Nord-West-Umfahrung lauteten, dass 2008 der Spatenstich erfolge. Das Landratsamt habe auch massive Unterstützung gegenüber dem Regierungspräsidium zugesagt. Da die Maßnahme einen Eingriff in die Natur darstelle, werde man die Grünplanung sehr bewusst darstellen. Teile seien schon realisiert, beispielsweise durch die Aussiedlung des Reitvereins. Der Plan biete Möglichkeiten für vier Sportplätze. Die Entwässerung des Gewerbegebiets werde auch zu ökologischen Maßnahmen führen, da beispielsweise ein Bachlauf entstehe. Die Unterführung unter der Nord-West-Umfahrung sei bereits beschlossen.

StR Kolesch bezeichnet den Plan für die langfristige Entwicklung als bedeutend. Man hoffe, dass die Planfeststellung für die Nord-West-Umfahrung problemlos verlaufe, da sie das Rückgrat des Entwurfs darstelle. Er bezeichnet den Bebauungsplan als großen Wurf für die Entwicklung Biberachs mit 50 ha Gewerbefläche. Ein Wehrmutstropfen sei, dass es sich um das letzte Gebiet mit einigermaßen Größe handle, das man ausweisen könne. Daher müsse man prüfen, wie danach die Weiterentwicklung Biberachs garantiert werden könne. Auch werde eine Weiterentwicklung bei den Sportstätten möglich, die in den Grünzug gelegt werden könnten, um so mehrere Funktionen abzudecken. Es biete sich auch die Chance für einen zweiten Kunstrasenplatz, der schon vor sechs Jahren zum Haushalt von der CDU-Fraktion beantragt worden sei. Die Planung berücksichtige viele Aspekte, es seien daher auch Kompromisse erforderlich. Der Grünzug und die Entwässerung erschienen verträglich, das Fußwegekonzept durchdacht. Gleiches gelte für die Anschließung der Sportanlagen vom Gewerbegebiet aus, da so das Weiße Bild möglichst wenig belastigt werde. Die Hauptaufgabe der Verwaltung bestehe nun im Grunderwerb. Er signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion.

OB Fettback erwidert, ein Großteil der Grundstücke sei bereits im städtischen Besitz.

StR Keil führt aus, die Planung dokumentiere, dass in Biberach noch Zukunft möglich sei bei schon erfolgreicher Gegenwart. Dies sei ein Signal nach draußen, das selbstbewusst mache. Der gemeinsame Wille zur Realisierung der Nord-West-Umfahrung und dem Beginn der Baumaßnahmen in 2008 sei erfreulich. Er stellt einen Zusammenhang zur Sportplatzsituation her, die aktuell nicht erträglich sei. Es sei nicht zumutbar, zwei weitere Jahre zu warten, weshalb zeitgleich mit dem Bau der Nord-West-Umfahrung der Sportstättenbau erfolgen müsse und nicht erst später. Optimistisch sei man auch etwas aufgrund der vorgesehenen Bürgerversammlung im Stadtteilhaus. Ausreichend Stellplätze seien vorhanden und insgesamt werde eine positive Entwicklung auf den Weg gebracht.

StR Dr. Compter äußert Freude, dass dem dringend notwendigen Gewerbegebiet einen Schritt näher gekommen werde. Die Anbindung sei ideal unter anderem wegen der Nord-West-Umfahrung. Von Nachteil sei noch immer der Landschaftsverbrauch und in diesem Fall die Einschränkung des Segelflugbetriebs. Der Verwaltungsvorschlag sei sinnvoll durchdacht und sehe eine optisch ansprechende Gestaltung und Ausgleichsflächen vor. Er signalisiert die Zustimmung der Freien Wähler.

StR Weber bemerkt, die Nord-West-Umfahrung sei in der Planfeststellung, der viele Naturschutzverbände kritisch gegenüber stünden. Man müsse sehen, ob der Zeitplan eingehalten werden könne. Kritisiert würden vor allem die Verkehrsschlaufen und allgemein die luxuriöse Straßenführung. Auch er habe ursprünglich gegen die Nord-West-Umfahrung gestimmt, da sie den Aufstieg nach Mettenberg beinhalte. Nun sei man ein Stück weiter und er nehme die Situation an. Positiv seien die großen Sportstätten. Er bezeichnet die akzeptable, große Grünfläche als sehr wichtig, da sie Naherholungsgebiet für die Wohnbebauung und Freispielfläche für Kinder sei, sowie gegenüber dem Gewerbegebiet abschirme. Positiv bezeichnet er auch die beabsichtigte Öffnung des Bachlaufs, was auflockere. Die Gestaltung des Gewerbegebiets sei sehr flexibel. Die Grünen stimmten zu.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der städtebaulichen Rahmenplanung wird zugestimmt.**
- 2. Der Bebauungsplan „GE 1 – Flugplatz / Grünzug Weißes Bild“ wird in dem im Lageplan des Stadtplanungsamtes vom 29.10.2007, Plan-Nr. 07-060, bandiert umrandetem Gebiet aufgrund von § 2 Abs. 1 BauGB aufgestellt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 228/2007 zur Beschlussfassung vor.

BM Ogertschnig erläutert die Vorlage und referiert das bisherige Verfahren.

StR Dullenkopf bezeichnet das Gebäude als Architekturdenkmal, unabhängig davon, ob dort etwas stattfindet oder nicht. Es sei richtig gewesen, das Gebäude zu kaufen, auch wenn es teuer gewesen sei. Der Kauf sei aber dann nur verantwortbar, wenn das Gebäude genutzt werde, wobei er von variablen, flexiblen und vom Zufall abhängigen Veranstaltungen ausgehe. Man sei auf einem guten Weg. Die CDU-Fraktion stimme zu.

StRin Buttschardt meint, gut Ding brauche Weile und es habe sich gelohnt, sich Zeit zu lassen. Man habe ein vorzeigbares Objekt und sie freue sich auf die angedeuteten, interessanten Veranstaltungen. Sie dankt BM Ogertschnig und Herrn Kopf herzlich für das Geleistete. Hugo Häring werde damit hoffentlich bekannter. Es gebe viele Links zu Hugo Häring und dort könne man sicher auch auf das Hugo-Häring-Haus hinweisen. Dies sei der Wunsch vieler Mitglieder der Hugo-Häring-Gesellschaft. Zum 50. Todestag müsse man das Grab und die Eingangssituation auf dem evangelischen Friedhof herrichten.

BM Ogertschnig trägt noch nach, die Kreissparkasse habe den entscheidenden Kick zum Erwerb des Gebäudes gegeben durch ihre ca. 10%ige Kostenbeteiligung. Er habe schon Gespräche geführt, wie hierauf ein Hinweis erfolgen könne.

StRin Goeth bezeichnet ein Konzept als überfällig und zeigt sich erfreut, dass Bewegung in das Thema komme. Es sei zu begrüßen, dass das Gebäude auch für Laien und Hochschüler zugänglich werde. Sie fragt, ob über eine Vermietung und einen Hausmeister nachgedacht worden sei, worauf BM Ogertschnig wissen lässt, dies sei bereits Realität.

StR Späh bezeichnet den Gebäudekauf als Entscheidung mit Weitblick. In einigen Jahren werde man sehen, ob man auf dem richtigen Weg sei, weshalb ein Bericht über die Nutzung erfolgen müsse. Vorträge seien ein guter Einstieg. Er fragt, ob ein Tag der offenen Tür geplant sei und ob die Stellplätze ausreichen.

BM Ogertschnig erwidert, es seien keine Parkplätze vorhanden, es könne jedoch entlang der L 280 geparkt werden und das Gebäude sei zu Fuß gut erreichbar. Eine Einbeziehung in den Tag des offenen Denkmals sei geplant und wenn Führungen nachgefragt würden, sei man hierzu sofort bereit.

Herr Dr. Biege lässt wissen, am 04.04.08 erfolgten Veranstaltungen zu Hugo Häring in der Volkshochschule.

StR Braig meint, man habe lange genug warten müssen, bis etwas geschehe. Die Vorstellungen beinhalteten hehre Ansprüche, insbesondere die der Biberacher Architektenkammer. Er sei nicht sicher, ob diese Veranstaltungen gelängen. Er bittet mitzuteilen, was in einigen Jahren gelaufen sei.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 222/2007 zur Beschlussfassung vor.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Die als Anlage 1 zu Drucksache Nr. 222/2007 beigefügte Neufassung der Vereinbarung über die Verwaltungsleistungen der Stadt Biberach für die Stiftung „Der Hospital zum Heiligen Geist in Biberach“ wird beschlossen.**
- 2. Die Vereinbarung tritt rückwirkend zum 01.01.2007 in Kraft.**
- 3. Auf die Einhaltung der Kündigungsfrist der Vereinbarung aus dem Jahr 1979 wird verzichtet.**
- 4. Der durch die neue Vereinbarung entstehenden überplanmäßigen Ausgabe im hospitälichen Haushalt für das Haushaltsjahr 2007 in Höhe von voraussichtlich 43.500 € wird zugestimmt. Die Deckung ist gewährleistet durch Mehreinnahmen aus den Erlösen des Castor-Nachlasses und bei den Holzerlösen.**

TOP 10.1 Bekanntgaben: Jahresrückblick des Oberbürgermeisters

OB Fettback lässt traditionell des Jahr kurz Revue passieren, wobei er auf seinen Jahresrückblick in gedruckter Form verweist, der alles sage. Er sei Beweis, was der Gemeinderat geleistet habe. 2007 sei eines der arbeitsintensivsten Jahre auch für ihn persönlich gewesen. Die Verwaltung habe mit dem Gemeinderat sehr viele Personalentscheidungen bewältigt, auch die Nachfolge von Herrn Reuber, wobei er auch die Unterstützung des Gemeinderats benötigt und erhalten habe. Es seien dort auch das Unbundling und die Gründung der Netze GmbH abzuwickeln gewesen. Auch der Gemeinderat sei gefordert worden bei Projekten, die die Stadtwerke umtrieben. Es handle sich um Investitionen von rund 23 Mio. €, sie beinhalteten also nicht nur das Hallenbad, sondern die Altlastensanierung, den Busbetriebshof und die Parkierungseinrichtungen, die letztlich am meisten belasteten. Ohne Parkierung ginge der Cash-Flow 2009 wieder ins Positive.

Als weitere Projekte nennt er das Hochschulkonzept 2012 und den Neubau der Dollinger Realschule, Jugend-Frei- und Aktionsräume, Schulsozialarbeit und vieles mehr. Die Innenstadtproblematik mit Jugendlichen habe man schon immer begleitet und Strukturen aufgebaut, die nun griffen. Er sei von der Aussage des Landratsamtes irritiert, dass dies nur eine Aufgabe von Jugend Aktiv sei, denn dies sei auch deutlich eine Aufgabe des Jugendamtes, da die betreffenden Jugendlichen meist schon die Jugendhilfe durchlaufen hätten und nicht nur aus Biberach stammten. Ein weiteres Projekt, das beschäftigt habe, sei selbstverständlich IZBB, bei dem man nun sehe, was entstehe. Für den Gemeinderat sei dies fast ein laufendes Geschäft geworden, für die Verwaltung sei diese Aufgabe nach wie vor außergewöhnlich. 2007 sei ein Jahr, in dem man „dicke Bretter“ gebohrt habe, was nun sichtbar geworden sei, auch in Bauvorhaben Dritter. Er nennt die EnBW, Boehringer, Liebherr, Vollmer, Cellofoam und Maschinenbau Schmid, die lauter tolle Projekte realisiert oder auf den Weg gebracht hätten und nach vorne dächten. Dies habe auch etwas mit dem Gemeinderat zu tun und zeichne diesen aus, dass er für solche Entscheidungen wie das Gewerbegebiet Flugplatz einstimmige Entscheidungen treffe. 2007 habe es aber auch viele Jubiläen und Events gegeben, wobei er beispielhaft 40 Jahre Valence, 20 Jahre Telawi, 60 Jahre Amriswil nennt und hierbei ausdrücklich seinen ehrenamtlichen Stellvertretern StR Wiest, StRin Buttschardt und StR Hagel dankt, die ihm sehr geholfen hätten, derartiges zu leisten. Im Bereich Sport seien das Leichtathletikfest, das Gauturnfest, der Stadtlauf und die deutschen Tennismeisterschaften zu nennen, wobei ersteres von Null auf Platz 4 im Meeting der deutschen Leichtathletikerevents gekommen sei. Dies sei eine tolle Auszeichnung für die TG aber auch für den Gemeinderat, der bereit gewesen sei, die Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Weitere Projekte seien Biberach bildet, das am 18.01.08 starte und die neue Messe BIFA.

Bei der Frage, was Biberach auszeichne, könne man sagen, es werde solide, verlässliche Stadtpolitik betrieben, wofür dem Gemeinderat Dank gebühre, der dann, wenn es darauf ankomme, richtig handle. Dazu gehörten aber auch gemeinsam gepflegte und weiterentwickelte Traditionen, die Kirchen, die Schulen, der Hospital und die Sportvereine. Es sei Stadtmarketing, dass man nicht nur das mache, was alle machten. Aus diesen Bereichen heraus habe man innovative Gedanken entwickelt. Innovation bedeute Menschen, die Dinge erkennen, ehe sie zum Selbstverständnis geworden seien. Man lebe in Biberach in einer tollen Stadt, dennoch habe man auch Probleme. Er nennt den „Verlust ländlicher Ländlichkeit“. Hierum müsse man sich kümmern.

Abschließend äußert er die Hoffnung, dass der Gemeinderat die Situation auch so positiv sehe. Man dürfe stolz und dankbar sein. Er äußert den Wunsch, das Jahr 2008 zu nutzen, die Dinge

nach vorne zu bringen im respektvollen Umgang miteinander. Andere Meinungen zu haben sei in Ordnung, man müsse aber immer bedenken, dass alle sich um das gleiche Ziel sorgten.

Er dankt der Verwaltung, die viel mit dem Gemeinderat bewegt habe. Man habe motivierte Mitarbeiter. Stellvertretend dankt er Frau Appel mit einem Blumenstrauß.

Dann dankt er auch noch seinen ehrenamtlichen Stellvertretern, von deren Arbeit er immer erstklassige Rückmeldungen erhalte.

Es wird applaudiert.

Dank gebühre auch den Ortsverwaltungen mit denen man auf einem guten Weg sei. Sie seien gut ausgestattet.

Abschließend verweist er auf die aufgelegten Geschenke, die ein Biberacher Allerlei darstellten. Zum einen handle es sich um das Buch „Schiffsbrücken“ zu 60 Jahre Amriswil. Ein Teil des Erlöses des Buches werde in Kinderschutzmaßnahmen investiert. Ferner habe man Lebkuchendosen vom Christkindles-Markt und das Puzzle der Dollinger-Realschule eingepackt.

Er hoffe auf einen schönen Ausklang des Abends.

Es wird applaudiert.

TOP 11.1 Verschiedenes: Dank des ersten ehrenamtlichen Stellvertreters

StR Wiest spricht namens des Gemeinderats folgendes: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, verehrte Damen und Herren, wir erleben in dieser Gemeinderatsperiode eine „Hochzeit“ wie wir sie sicherlich in all den Jahren zuvor nicht erlebt haben. Dies stellt Verwaltung und Gemeinderat aber vor nicht weniger verantwortliche Entscheidungen. Denn spätere Generationen werden uns fragen, wie habt ihr in den guten Jahren hausgehalten. Ich denke, mit dem heute verabschiedeten Haushalt - erfreulicher Weise wieder einstimmig verabschiedet - haben wir ein gutes Maß getroffen zwischen Investitionen der vorausschauenden Daseinsvorsorge, der Stadtentwicklung und dem Aufbau vorsorglicher Rücklagen. Sicherlich ist in diesen guten Zeiten der eine mehr, der andere weniger geneigt, sich den einen oder anderen Sonderwunsch zu erfüllen, aber insgesamt haben wir sachlich faire Haushaltsberatungen hinter uns, die nun auch zu einem guten Abschluss gebracht wurden.

Dabei steht es uns gut an, sich bei unseren Steuerzahlern, insbesondere bei unseren gut aufgestellten Unternehmen und deren Belegschaften, die uns in diese komfortable Finanzlage versetzt habe, zu bedanken.

Im Namen des Gemeinderates darf ich mich am Schluss eines boomenden Jahres auch bei der Verwaltung bedanken. Wir bedanken uns ausdrücklich bei Ihnen, Herrn Oberbürgermeister Fettback, bei Herrn Wersch, dem wir von dieser Stelle aus weiterhin eine gute Genesung wünschen, bei Ihnen, Herr Ogertschnig und Ihnen Herr Dr. Biege. Diese Zeit hoher Investitionen strahlen ja auf alle Dezernate aus, insbesondere natürlich auf das Baudezernat. Außergewöhnliches ist in den letzten Jahren geleistet worden allein IZBB und dies wird im kommenden Jahr nicht weniger werden. Stadt, Hospital, der Eigenbetrieb Stadtentwässerung und die Stadtwerke stehen weiterhin vor großen Investitionen - der Oberbürgermeister hat darauf hingewiesen - die uns alle fordern werden.

Dazu gehört bei aller konstruktiven Kritik auch ein Mindestmaß des gegenseitigen Vertrauens und des Respektierens. Als politisches Gremium sind wir alle aufgerufen eine faire Streitkultur zu pflegen und uns an der Sache zu orientieren und persönliche Betroffenheiten möglichst außen vor zu lassen. Ich weiß, dies ist leichter gesagt als getan. Dies gilt gleichermaßen für die Verwaltung wie den Gemeinderat. Und wenn einmal in der Hitze des Gefechts der gute Ton überschritten ist, so sollte eine Entschuldigung die Dinge wieder ins Gleis bringen.

Der Gemeinderat bedankt sich heute auch bei den Amtsleiterinnen und Amtleitern sowie bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung. Sie alle bekommen ja diese - im wahrsten Sinne des Wortes - bewegten Zeiten in Ihrem Aufgabengebiet mit und Sie tragen sie mit. All den Damen und Herren sagen wir daher ein herzliches Dankeschön für ihre motivierte und engagierte Mitarbeit.

Ja und die letzte Gemeinderatssitzung im Jahr ist ja schon traditionell mit einem weihnachtlichen Gabentisch verbunden. Was wir hier schon fast für so selbstverständlich hinnehmen, verdanken wir „unserer“ Frau Appel und ihren Kolleginnen in der Geschäftsstelle des Gemeinderates. Aber sie sorgen sich ja nicht nur heute um unser geistiges und leibliches Wohl. Buchstäblich mit Nacht- und Wochenendschichten haben Sie, Frau Appel, die Antragsflut zum Haushaltsplan bearbeitet und uns wohlgeordnet zur weiteren Beratung zugeschickt. Dies was nicht nur ein Kraftakt, sondern dahinter steckt auch fachliches Können.

Liebe Frau Appel, liebe Andrea, im Namen aller Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates sage ich Dir und den Mitarbeiterinnen, Frau Hohl, Frau Stolz und Frau Volk ein großes Dankeschön. Und dieses Dankeschön wollen wir mit einem kleinen Geschenk bekräftigen, das Du dann bitte an die genannten Kolleginnen weitergeben mögest.

Ja für Dich liebe Andrea, was liegt da näher, da hatte Frau Buttschardt eine gute Idee. Der Mann mit der roten, verfrorenen Nase verrät ja schon einiges. Um künftigen Erkältungen vorzubeugen und um Dich von den Strapazen der letzten Wochen zu erholen, sollst Du Dich bei Sauna und Massage im Jordanbad für einen Tag verwöhnen lassen!

Meine Damen und Herren der Verwaltung - und nicht vergessen sind unsere hoch verehrten Ortsvorsteher und die Herren der Presse - im Namen des Gemeinderates wünsche ich Ihnen und Ihren Familien ein frohes und erholsames Weihnachtsfest und für das neue Jahr alles Gute, viel Glück und Gesundheit und ein erfolgreiches Miteinander bei all unseren Vorhaben.“

Es wird applaudiert.

Gemeinderat, 20.12.2007, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Fettback
Stadtrat:	Wiest
Stadträtin:	Buttschardt
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Ogertschnig